

Keine Privatisierung der Deutschen Bahn

Die SPD Saar fordert die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien im Bundestag auf die Privatisierungspläne für die Deutsche Bahn AG zu stoppen. Nach Ansicht der SPD Saar können die durch die Kapitalisierung einmalig anfallenden Erlöse nicht die langfristigen Negativeffekte aufwiegen. Die positive Entwicklung des Geschäftsergebnisses der Deutschen Bahn sowie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zeigen, dass auch öffentliche Unternehmen durchaus gewinnerzielend arbeiten können und somit für den Staat als Eigentümer rentabel sind. Die öffentliche Hand sichert sich mittel- und langfristige Finanzmittel welche wiederum zur Senkung der Zuschüsse zum Schienennetz verwendet werden. Dagegen könnten die durch die Aktienausschüttung einmalig anfallenden Staatseinnahmen auch nur einmalig zur Verringerung der genannten „Subventionen“ eingesetzt werden. Dies widerspräche dem Gedanken einer nachhaltigen Fiskalpolitik.

Der durch die Kapitalisierung angestrebte Wettbewerb ist bereits in der aktuellen Gesetzgebung verankert. Der „diskriminierungsfreie Zugang“ zur Schieneninfrastruktur schreibt derzeit schon vor, dass die Deutsche Bahn zur Öffnung ihres Netzes für Wettbewerber verpflichtet ist. Selbstverständlich ist diese Vorgabe seitens der Bahn ohne Einschränkungen einzuhalten. Kommt es hier zu unternehmenspolitischen Ausgrenzungen, welche wiederum negative volkswirtschaftliche Effekte zur Folge hätten, muss die für die Eisenbahninfrastruktur verantwortliche Bundesnetzagentur eingreifen.

Ein weiterer, bereits sich in der Realisierung befindlicher Schritt zu mehr Wettbewerb im Verkehrssektor ist die öffentliche Ausschreibung von ÖPNV-Dienstleistungen. In den letzten Jahren wurden bereits in einigen Bundesländern die Regionalverkehre über diesen Weg vergeben. Auch hier ist festzustellen, dass sich die Deutsche Bahn nicht länger als einziger Anbieter im Schienenverkehr, in diesem Fall als Betreiber eines Eisenbahnverkehrsunternehmens, behaupten konnte. Vielmehr sind externe Wettbewerber wie z.B. Connex, aber auch kommunale Unternehmen, wie die Karlsruher oder Saarbrücker Verkehrsunternehmen auf den Markt gestoßen. In diesem Zusammenhang fordern die SPD Saar für europaweite Ausschreibungen im Verkehrssektor verbindliche Umwelt- und Sozialstandards.

Die SPD Saar ist also ausdrücklich nicht gegen eine wettbewerbsorientierte Gestaltung des Schienen-Verkehrsmarktes. Jedoch kann auch eine in Staatshand und dennoch effiziente Deutsche Bahn hier als Wettbewerber auftreten. Trotz der eventuellen Gefahr einer schlechteren Umsatz- und Ergebnisentwicklung, die dieser Wettbewerb mit sich bringt, sollte die Deutsche Bahn in der Lage sein ihre Position am Markt zu behaupten. Entscheidend ist nicht wer die Anteile an einer Aktiengesellschaft hält, sondern wie sie geführt wird. Hierbei kann auch nicht die Argumentation der Privatisierungsbefürworter, dass eine durch Studien belegte Effizienzlücke in der Arbeitsproduktivität zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen besteht, als Grundlage für eine positive Privatisierungsentscheidung genannt werden. Viel mehr muss auch der Staat erwarten können, dass Unternehmen in seinem Eigentum nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden. Die Bahn zeigte in der jüngsten Vergangenheit, dass dies sehr wohl auch bei staatseigenen Unternehmen funktionieren kann. Die öffentliche Hand sollte sich nicht selbst die Möglichkeit nehmen neben den Steuern auch über andere Einnahmequellen zu verfügen um somit eine ordnungsgemäße Finanzierung ihrer Aufgaben zu gewährleisten.

Des Weiteren sieht man am Beispiel Großbritanniens, dass ein Schienennetz mit geringerem staatlichen Einfluss schnell marode wird und somit nicht mehr vollständige Sicherheit bei den

Verkehrsdienstleistungen zu gewähren ist. Der Staat wird aber auch künftig, schon aus seiner grundgesetzlichen Verpflichtung heraus Mobilität anzubieten, das Verkehrsangebot auf der Schiene steuern. Dies ist mit weiteren Milliarden-Investitionen in die Infrastruktur verbunden. Folglich käme eine Privatisierung der Bahn einer mit Steuermitteln finanzierten Subventionierung von Aktionärs-Dividenden gleich. Dies ist nicht im Interesse der Allgemeinheit. Diese und die vorangegangenen Argumentationen zeigen, dass der Verkauf der Deutschen Bahn unter keinen Umständen vorgenommen werden sollte. Fiskalische, ökonomische und ökologische sowie gesellschaftliche Gründe sprechen eindeutig dagegen.